Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 44 | Montag, den 13. Februar | Jahrgang 1928

Der Krantz-Prozeß und die Presse.

Drei Tage des Krantz-Prozesses sind vorüber. In aller Oeffentlichkeit wird da über Verirrungen und Sünden Jugendlicher verhandelt. Ein Landgerichtsdirektor, der sich gegenüber dem angeklagten Primaner Krantz und seinen sechzehnjährigen Genossinnen jener mit Mord und Selbstmord endenden Nacht der Ausschweifungen als ein wohlwollender Vater gibt, bemüht sich coram publico, tief in den üblen Sumpf von Unsittlichkeit, Verdorbenheit und Perversität hineinzuleuchten, alle Vorkommnisse bis ins einzelne zu enthüllen. Ein Verteidiger strengt sich an, die beiden Hauptzeuginnen, sechzehnjährige Mädel, durch nicht minder intensives Kreuzverhör als unglaubwürdig hinzustellen. Mit vollendeter Kunst werden Fallstricke gelegt, über die sie in ein Falsch- oder Meineidsverfahren hineinstolpern können.

Dabei handelt es sich bei der Hildegard Scheller, der Hauptzeugin, deren Vereidigung zu Beginn ihrer Vernehmung mit Recht in der Presse beanstandet worden ist, um ein aus ganz offensichtlich anormalen Familienverhältnissen stammendes Geschöpf. Was für ein Geist muß in einer Familie walten, in der der Vater, nachdem sein Sohn einen anderen und sich selbst erschossen hat, mit seiner an diesem Skandal stark beteiligten Tochter die Redaktionen von Zeitungen aufsucht, um ihnen für 100 Mark Honorar die Erzählungen dieses für Fürsorge-Erziehung mehr als reifen Mädchens anzubieten! Was für eine Familie ist das, in der der sich pudernde und schminkende achtzehnjährige Sohn sich erkühnen kann, mit einem anormalen Herrn im Auto nach Paris zu fahren, in der das sechzehnjährige Fräulein Tochter Tanzdielen besuchen und, nachdem nicht einmal sieben Monate seit der Tragödie vorüber und wo die Gerichtsverhandlung noch im Gange ist, Einladungen zu einem Kostümfest an ihre Freunde und Freundinnen mit Erlaubnis ihrer Mutter loslassen darf! Das Milieu der Familie Scheller ist von kaum übertreffbarer Schamlosigkeit. Jede Scheu vor Zucht und Sitte war dem Jungen, ist dem Mädchen fremd. Und trotzdem geht der Prozeß vor aller Oeffentlichkeit vor sich!

Liegt dagegen schärfstens zu protestieren schon aller Anlaß vor, so verstärkt diesen Protest die Empörung über die ungezügelte, schrankenlose Berichterstattung über den Prozeß. Die auf Sensationen versessenen Blätter in Berlin und ihre skandalsüchtigen Nachahmungen in der Provinz wetteifern geradezu, jede Schweinerei, die da aus dem Verhör herauskommt, ihren Lesern wortgetreu und haarklein zu vermitteln. Noch nie, das darf man wohl sagen, hat es eine solche Seuche in der deutschen Presse gegeben. Wo merkt man in jenen Blättern noch etwas davon, daß die Zeitung nicht nur eine Vermittlerin von Nachrichten und Meinungen, sondern auch eine moralische Anstalt sein soll? Gewiß, es geht nicht gut, an diesem Prozeß stillschweigend vorüberzugehen, aber als verantwortungsbewußter Redakteur kann man sehr wohl darauf verzichten, die Spalten der Zeitung mit der genauen Wiedergabe aller zum Teil recht widerlichen Einzelheiten dieser Verhandlungen zu füllen. Da es aber leider Gottes — und bei der Berliner Presse nicht nur bei den von solchen Bedenken an sich schon meist wenig berührten Linksblättern — an Verantwortungsgefühl in dieser Hinsicht fehlt — wobei offen gelassen werden kann, ob nicht die Berichterstatter der Weisung ihrer Verlage zu folgen sich mehr oder weniger gezwungen sehen —, ist es ein gut gemeinter Gedanke, der den deutschnationalen Abgeordneten Mumm zu dem Antrag veranlaßt hat, dem § 17 des Pressegesetzes den Zusatz anzufügen, daß Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten, verboten sind. Wir haben in der gestrigen Ausgabe diesen Antrag begrüßt, obwohl es uns natürlich lieber wäre, wenn die Prozeßführung und die Berichterstattung über die Verhandlungen so einwandfrei wären, daß der Gedanke, solch einen Antrag zu stellen, gar nicht hätte aufkommen können. Und auch jetzt gilt es noch zu überlegen, ob es nicht richtiger sein wird, dem Uebel an die Wurzel zu gehen.

Hauptschuld daran, daß überhaupt solche Berichterstattung möglich war, ist und bleibt doch, daß der Vorsitzende des Gerichts es nicht für nötig gehalten hat, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Die Gefahr, daß so etwas sich wiederholt, ist groß. Darum scheint uns doch richtiger die Tendenz einer Kleinen Anfrage zu sein, die der Zentrumsabgeordnete Dr. Faßbender im Preußischen Landtag eingebracht hat. Er ersucht darin um Auskunft, was geschehen solle, „um eine die Volkssittlichkeit in schlimmster Weise gefährdende Berichterstattung der Presse über Prozesse mit einem das Geschlechtsleben berührenden Inhalt zu verhüten, wie wir sie zur Zeit in einem Teil der deutschen Presse über den Prozeß Krantz erleben". Es wird in der Anfrage gefordert, daß die Gerichte bei ihren Erwägungen über die Ausschließung der Oeffentlichkeit für Gerichtsverhandlungen sich in erster Linie von der Rücksicht auf sittliche und vaterländische Belange leiten lassen sollten, da ja auch das Ausland durch eine Berichterstattung nach Art der gerügten ein unerhört verzerrtes Bild der sittlichen Zustände in Deutschland gewinnen würde. Zuständig für die Beantwortung ist der preußische Justizminister, und vielleicht hängt es damit zusammen, daß Justizminister Schmidt am Samstag in dem Gerichtssaal erschienen ist.

Gegen eine Beschränkung der Berichterstattung über öffentliche Verhandlungen wird in einigen Blättern aus Anlaß des Anrages Mumm bereits Sturm geblasen. Vereinzelte Mängel, heißt es beispielsweise in der „Vossischen Zeitung", dem seriösesten demokratischen Organ Berlins, durch eine Gelegenheitsgesetzesmacherei beseitigen zu wollen, sei gänzlich verfehlt. Das Blatt wendet sich dagegen, daß grundlegende Bestimmungen der Pressefreiheit angetastet und durch Bestimmungen von unübersehbarer Tragweite Konflikte heraufbeschworen werden. Auch in einem rechtsgerichteten Blatt lesen wir ähnliche Einwendungen. Und es ist ja sicher auch richtig, daß sich mit dem Ausschluß der Oeffentlichkeit in diesem Skandalprozeß Presse und Publikum abgefunden haben würden. Bevor man daher in Erwägungen darüber eintritt, der Presse einen ihre Bewegungsfreiheit einschränkenden Paragraphen zu schenken, gilt es doch zu überlegen, ob nicht solche Auswüchse, wie sie jetzt zu verzeichnen sind, weit wirksamer dadurch beseitigt werden können, daß eine öffentliche Verhandlung in Fällen, in denen es sich um unsittliche Dinge handelt, unmöglich gemacht wird. Würde doch damit auch zugleich erreicht werden, daß nach pikanten Verhandlungen jagende Gerichtsbummler männlichen und weiblichen Geschlechts nicht mehr auf ihre Kosten kämen.

Die Auflösung des Reichstages kaum zu vermeiden.

Die Krisenmacherei der Deutschen Volkspartei.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 12. Febr. (Drahtb.)

In dieser Woche wird endlich die Entscheidung über das heißumstrittene Reichsschulgesetz fallen müssen und damit auch über das Schicksal der gegenwärtigen Regierungskoalition. Der bekannte Brief des Reichspräsidenten vermochte wohl der bedrohlich zugespitzten Situation ein neues Gesicht zu geben, aber an ihrem Kern, an ihrem Wesen wird er schwerlich mehr etwas ändern können. Die gute Absicht des Reichspräsidenten ist selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben, und ebenso ist die Tatsache nicht zu bestreiten, daß er sich auch im Rahmen der Verfassung hielt. Trotz seiner grundsätzlichen Betrachtungsweise fühlt sich das Zentrum aber dazu berechtigt, wenn es dieses Schreiben als einen Akt des Eingreifens in schwebende politische Fragen wertet. Die Lösung dieses Problems aber obliegt den Parteien und Fraktionen. Der Brief des Reichspräsidenten kann für das Zentrum nur als ein Erwägungsmoment in Frage kommen. Bei Betrachtung der ganzen Zusammenhänge kann man sogar zu der Auffassung gelangen, daß Hindenburg bei diesem Schritt nicht aufs beste beraten war. Es scheinen hier Einflüsse mitgewirkt zu haben, die auf die Wünsche der Deutschen Volkspartei in dem Verhalten zu diesem Problem Rücksicht nahmen. So kann z. B. die Zentrumspartei entsprechend ihrem ganzen Charakter niemals anerkennen, daß kulturelle Probleme, die doch auch nach nationalen Gesichtspunkten zu werten sind, unter allen Umständen hinter wirtschaftlichen und sozialen Fragen zurückstehen sollen.

In der Schulfrage läßt sich kaum mehr ein tragbares Resultat aus weiteren Kompromißverhandlungen erwarten. Denn es haben sich keinerlei Anzeichen dafür ergeben, daß die Kluft, die sich immer mehr erweitert hat, noch zu überbrücken ist. Wer den Gang der Dinge objektiv beurteilt, kommt nicht an der Feststellung vorbei, daß die Schuld an dieser betrüblichen Entwicklung einzig und allein der Deutschen Volkspartei zur Last fällt und daß diese Partei auch die Konsequenzen der Sachlage zu tragen hat. Niemand kann in Abrede stellen, daß der Abgeordnete von Guérard absolut im Rechte ist, wenn er im interfraktionellen Ausschuß am Freitag abend auf Grund dokumentarischer Beweise behauptet hat, daß die Deutsche Volkspartei bei ihrem Vorgehen sich außerhalb der Reichsverfassung (Art. 146, Abs. 2), außerhalb der bekannten Richtlinien und außerhalb der Regierungserklärung vom 3. Februar 1927 gestellt hat. Sie hat damit in unwiderlegbarer Weise Verpflichtungen umgestoßen, die sie seiner Zeit feierlich eingegangen war. Auf diese Weise entfallen von selbst die Vorbedingungen und Voraussetzungen, unter denen die Regierungskoalition damals zusammengekommen war, d. h. logischerweise, daß die Deutsche Volkspartei das Recht verwirkt hat, ihren Platz im Kabinett zu behalten. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrem Verstoß gegen die drei erwähnten Punkte die Abmachungen, die zur Regierungskoalition führten, einfach über den Haufen geworfen. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion von Guérard war also aus diesen Gründen durchaus berechtigt, der Deutschen Volkspartei im interfraktionellen Ausschuß nahezulegen, daß sie nunmehr allen Anlaß habe, ihre Mitglieder aus dem Kabinett heraus zu beordern.

Angesichts verschiedener Versuche, die wahre Sachlage zu verschleiern und zu vertuschen, erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß sich das Zentrum immer bereit gezeigt hat, bei der Beratung über das Schulgesetz bis an die Grenze des Möglichen zu gehen. Auch durch die Ueberstimmungen bei einzelnen Paragraphen hat sich unsere Fraktion nicht davon abhalten lassen, weiter mitzuarbeiten. Die Deutsche Volkspartei aber weicht von ihrem hartnäckigen und intoleranten, das verfassungsmäßige Recht der Erziehungsberechtigten verletzenden Standpunkt nicht ab. Der sogenannte Liberalismus der Deutschen Volkspartei hat sich als ein intoleranter Pseudoliberalismus entpuppt, den die Zentrumspartei nie und nimmer mitmachen kann. Es muß ehrlicherweise anerkannt werden, daß sich sogar die Demokraten, die sich doch wahrhaftig ebenfalls als Bannerträger des reichlich anrüchigen Schulliberalismus aufspielen, in diesem Falle immerhin elastischer und vornehmer gezeigt haben. Wie eine Ironie muß es anmuten, daß die Deutsche Volkspartei gerade jetzt zu einem Zeitpunkt, wo die Idee des Einheitsstaates zu einer Wahlparole gemacht wird, das deutsche Reich in mehrere kulturpolitisch verschieden behandelte Gebiete einteilen möchte.

Faßt man alles in allem zusammen, so ist nach der gesamten Lage die Ansicht gerechtfertigt, daß infolge der unverantwortlichen Krisentreiberei der Deutschen Volkspartei auch im Sinne des Briefes des Reichspräsidenten keine Lösung mehr denkbar erscheint. Das umsomehr, da sich auch der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei bei seiner Sonntagskonferenz dafür eingesetzt hat, daß keinerlei Konzessionen an das Zentrum gemacht werden dürften.

Wenig praktische Bedeutung kommt nach Lage der Dinge einer Entschließung zu, die die volksparteiliche Reichstagsfraktion am Samstag nachmittag gefaßt hat. Sie erklärt klipp und klar, daß sie zwar die Koalition fortsetzen wolle, aber ohne Schulgesetz. Wörtlich sagt die Entschließung:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich anläßlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler mit der dadurch geschaffenen Gesamtlage befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen, noch der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik — Verabschiedung des Etats, Abwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschädenschlußgesetz, Kleinrentnerversorgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. — eine vorzeitige Auflösung des Reichstages vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen."

Die Spekulationspolitiker der Deutschen Volkspartei werden sich verrechnen. Der linksdemokratische „Montagmorgen" meint sogar, daß die Deutsche Volkspartei entschlossen sei, die angebliche „Zwangslage" des Zentrums, die es letzten Endes zum Nachgeben bringen müsse, auszunutzen; solche Versuche, die man als Erpressungsmanöver kennzeichnen müßte, dürften sich als absolut wirkungslos erweisen. Es ist aber nicht uninteressant, daß ein „eingeweihter Parlamentarier" dem eben erwähnten „Montagmorgen" erklärt haben soll, der Hindenburgbrief sei vom deutsch-volksparteilichen Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz angeregt worden. Damit wäre unsere oben geäußerte Vermutung bestätigt, und es läge für das Zentrum noch viel weniger ein Grund zu einem „Nachgeben" vor, wie die Deutsche Volkspartei es wünscht.

★

Neuwahlen am 25. März?

Der „Hannoversche Kurier" rechnet aus, daß der 25. März der geeignetste Tag für die Reichstagswahlen sein würde. Er geht davon aus, daß zunächst dem Wunsche Hindenburgs entsprechend die laufenden Arbeiten zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Das dürfte, meint das Blatt, kaum in weniger Zeit als vier Wochen möglich sein. Würde dann der Reichstag aufgelöst, so müßten der Auflösung einige Wochen Zeit für Wahlpropaganda folgen, sodaß als frühester Termin für die Wahlen etwa der 1. April, der Palmsonntag, in Frage käme. Man werde jedoch am Palmsonntag nicht wählen wollen, ebenso nicht am 8. April (Ostern) und ebenfalls nicht am 15. April, dem sogenannten Weißen Sonntag. Der folgende Sonntag liege dann schon mitten in den Verhandlungen über die neuen Lohntarife und werde daher auch als ungünstig bezeichnet, während für Mai und Juni wegen der landwirtschaftlichen Arbeiten keine Neigung besteht, einen Wahlsonntag gerade in diese Zeit zu legen. Auch die kommenden Sonntage gelten als zur Wahl nicht geeignet. Da die Lebensdauer des Kabinetts aber nicht mehr solange eingeschätzt werde, so bleibe demnach nur ein sofortiger Bruch übrig, der die Neuwahlen bereits am 25. März ermöglichen würde.

(Siehe auch 2. Seite.)

Poincaré über die elsässischen Autonomisten.

× **Paris**, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hielt heute mittag auf einem von den elsässischen Bürgermeistern in Straßburg veranstalteten Bankett eine Rede, in der er auf die Autonomistenbewegung zu sprechen kam und erklärte: Wenn bei der nächsten Schwurgerichtsperiode die traurigen Gesellen, die unter Anklage stehen, sich verantworten müssen, werde das Elsaß erstaunt sein über die Infamie, die dabei enthüllt werden werde. Das Elsaß werde dann nicht mehr zulassen, daß unter dem Vorwand, die weitestgehende Freiheit zu fordern, verdächtige Agenten Zeitungen verbreiten, die von ausländischen Stellen gespeist würden und die mit ausländischen Organisationen Fühlung nehmen und unter dem Deckmantel der Autonomie des Elsaß eine neue Amputation Frankreichs vorbereiten. Es müsse jeder fremdländische Einfluß, der sich in die Verwaltung der französischen inneren Angelegenheiten einmische, abgelehnt werden. Das Elsaß habe sich selbst schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen. Poincaré verlas hierauf eine Anzahl von Telegrammen, die er vom Präfekten des unteren Elsaß in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik erhalten habe und schloß wie folgt: Seid ihr Franzosen, rückhaltslos Franzosen, bedingungslos Franzosen, ohne Hinterhalt Franzosen? Diejenigen, die nicht klar antworten werden die den Mut haben sollten, sich hinter Wenn und Aber zu verschanzen, sie werden, davon bin ich überzeugt, mit Schärfe vom Elsaß abgelehnt werden."

Zur föderalistischen Frage und zu dem Sprachenproblem übergehend, fuhr Poincaré fort: „Diejenigen Elsässer, die seit ihrer Geburt die Gewohnheit haben, Dialekt oder Deutsch zu sprechen und denen ihr Alter oder ihre Beschäftigungen nicht die Möglichkeit gegeben haben, Französisch zu lernen, sind darum nicht weniger gute Franzosen. Ebensowenig wie wir die Unschicklichkeit hätten, in Belgien, in der Schweiz oder in Kanada zu intervenieren und den Völkerbund zu bitten, dort die französische Kultur oder die französischen Traditionen zu schützen, ebensowenig werden wir dulden, daß sich ausländische Einflüsse in die Verwaltung unserer inneren Angelegenheiten einmischen und daß im Schoße des Elsaß eine elende Rotte von Abenteurern und Intriganten im Verborgenen die Verstümmelung Frankreichs vorbereitet. Das Elsaß hat sich schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen, und sein Spruch ist für die Zukunft unwiderruflich. Seit langem hat es in vollem Bewußtsein der Sache die berühmten Worte des lateinischen Historikers ratifiziert: „Germani trans Rhenum incolunt." (Die Germanen wohnen jenseits des Rheins).

Poincaré gab dann einen geschichtlichen Rückblick, durch den er den Beweis dafür zu erbringen suchte, das Elsaß sei stets ein Teil Frankreichs gewesen. „Wir wissen, daß es während der Zeit von 1871 bis 1914 auf der anderen Seite der uns aufgezwungenen künstlichen (!) Grenze Hunderttausende von Franzosen gab, die untröstlich darüber waren, von ihren Brüdern getrennt zu sein. Wir hätten ihnen gerne bewiesen, daß wir sie nicht vergessen haben, aber wir standen vor einer schrecklichen Gewissensfrage. Wir kannten zu gut die Schrecken des Krieges, um nicht einen neuen zu fürchten, und aus Furcht, den Frieden zu stören, wachten wir streng über die geringsten unserer Handlungen, Gesten und Worte. Wir waren zur Vermeidung eines Konfliktes bereit, alles zu tun, was mit der Würde Frankreichs vereinbar war. Ohne daß wir jemals eine Revanche-idee hatten, sind wir so vor der Sphinx des Schicksals unbeweglich und ängstlich gewesen bis zu dem Tage, an dem die von Stolz trunkenen kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über ihren Völkern und über den unsrigen die Katastrophe entfesselten, die wir bis zur letzten Stunde zu beschwören suchten (!). An diesem Tage haben wir unsere Freiheit wieder zurückgewonnen und uns geschworen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor die Befreiung des Elsaß und Lothringens gesichert war."

Zum Schluß ging Poincaré auf die bevorstehenden Kammerwahlen ein, für die im Elsaß nur „Franzosen ohne Vorbehalte, ohne Bedingungen und Hintergedanken" aufgestellt werden dürften und endete mit den Worten: „Ich trinke auf das leidenschaftlich und unüberwindlich französische Elsaß!"

Zwischenfall bei der Abreise aus Straßburg.

◇ **Paris**, 12. Febr. Wie Havas aus Straßburg berichtet, kam es bei der Abfahrt Poincaré's zu einem Zwischenfall. Als Poincaré den Zug bestieg, rief der kommunistische Abgeordnete Hueber auf dem Bahnhofsplatz: Nieder mit Poincaré! und einige seiner Freunde stimmten ein Pfeifkonzert an. Die Menge stürzte sich, so heißt es in der Havasmeldung weiter, auf sie, und die Polzei hatte große Mühe, sie zu schützen. Sie mußte sie, von der Menge stark belästigt, bis in das Gebäude der kommunistischen Gewerkschaften begleiten. Die Straßen, die zu dem kommunistischen Gewerkschaftsgebäude führen, wurden schließlich geräumt, worauf die Ruhe wieder hergestellt wurde. Es ist keine Verhaftung vorgenommen worden.

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

× **Berlin**, 12. Febr. In der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 1 200 500 auf 1 155 500, das ist um 45 000 oder um 3,8 v. H. gesunken, während bei den Frauen noch eine Zunahme um 7000 (von 170 500 auf 177 500) oder um 4,1 v. H. zu verzeichnen war. Für die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ergibt sich daher nur eine Abnahme um 38 000 (von 1 371 000 auf 1 333 000) oder um 2,8 v. H.

Stärker ist der Rückgang in der Krisenfürsorge. Hier ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 228 000 auf 215 000, das ist um 13 000 oder um 5,9 v. H. zurückgegangen. Der Rückgang ist bei den Frauen verhältnismäßig größer als bei den Männern. Er betrug bei den Männern 11 000 (von 191 000 auf 180 000) oder 5,8 v. H., bei den Frauen 2000 (von 37 000 auf 35 000) oder 6,4 v. H. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zusammen, ist im Zusammenhang mit der milden Witterung von rund 31 000 auf 17 000, das ist um 16 000 gestiegen.

Die Deutsche Volkspartei verharrt bei ihrer Intoleranz.

● **Berlin**, 12. Febr.

Der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute im Preußischen Landtag zu seiner 6. Tagung zusammen. Die Versammlung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht.

Den Hauptvortrag hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Runkel über den „Stand des Reichsschulgesetzes nach der ersten Ausschußlesung". Er wies darauf hin, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei von drei sachlichen Gesichtspunkten bestimmt wurde: Ablehnung einer Verweltlichung des Volksschulwesens, Ablehnung einer Verkirchlichung des Volksschulwesens und endlich Sicherung der Schulhoheit des Staates. Der Entwurf hatte zu Bedenken dieser Art reichlich Anlaß gegeben. Der Redner betonte, daß bei einer Schlußabstimmung auch die Deutsche Volkspartei die jetzt vorliegende Fassung des Entwurfes ablehnen müßte, da eine Reihe berechtigter liberaler Forderungen noch nicht berücksichtigt sei. Die Deutsche Volkspartei habe darum für die zweite Lesung noch Forderungen zu erheben, von deren Berücksichtigung oder Ablehnung ihre endgültige Stellungnahme bestimmt werde. Ausgeschlossen sei die Annahme, über die jetzige Fassung hinaus auf Kosten ihrer liberalen Grundsätze weitere Konzessionen an Zentrum und Deutschnationale zu machen. An diesen, so erklärt er, dürfte es sein, mit Zugeständnissen an die Deutsche Volkspartei heranzutreten. Graduelle Unterschiede seien durch ein Kompromiß auszugleichen, nicht aber grundsätzliche, auch nicht durch Rücksicht auf Koalitions- und Regierungskrise, ohne daß eine Partei sich selbst aufgäbe. Das sei bestimmend für die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Als erster Diskussionsredner nahm der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Scholz, das Wort, um festzustellen, daß die Fraktion mit Dr. Runkel in allen Punkten vollkommen einig sei. Bei dem Schulgesetz, so führte er dann aus, handele es sich jetzt um die Frage der Koalition und unter Umständen um die Frage der Reichstagsauflösung. Der Redner lehnt in diesem Zusammenhang grundsätzlich Belehrungen von anderen Parteien darüber ab, wie sich die volksparteilichen Führer, die Partei und die Fraktion zu den politischen Fragen einzustellen hätten. Der Brief des Reichspräsidenten könne nach seinem ganzen Wortlaut nur so aufgefaßt werden, daß zunächst versucht werden müsse, über das Schulgesetz eine Einigung zustande zu bringen, daß aber auch für den Fall des Scheiterns dieses Gesetzes der Reichspräsident das Zusammenbleiben der Koalition befürworte. Deshalb habe sich die Fraktion auf diesen von staatspolitischen Interessen diktierten Standpunkt gestellt.

Nach längerer Aussprache, an der sich rund 25 Redner beteiligten, und nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Dr. Runkel wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichsschulausschuß billigt die Haltung der Reichstagsfraktion. Er erkennt an, daß sie nach Kräften bemüht gewesen ist, ein den christlichen, nationalen und liberalen Schul- und Kulturforderungen entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen. Er spricht ihr und insbesondere ihren Vertretern im Bildungsausschuß den Dank für ihre Tätigkeit aus und erwartet, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Schul- und Kulturideale der Deutschen Volkspartei eintreten wird."

*

Kundgebung des Evangelischen Reichselternbundes zur Reichsschulfrage.

Berlin, 11. Febr. Die heute unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reiche unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze in Berlin zusammengetretenen Vorstandsmitglieder und Führer des Reichsverbandes evangelischer Eltern und Volksbünde (Reichselternbund) haben eine Kundgebung beschlossen, wonach der Evangelische Reichselternbund im Namen von Millionen evangelischer Eltern an Reichsregierung und Reichstag die dringende Forderung richtet, die soweit geförderte Arbeit am Reichsschulgesetz zu Ende zu führen. In weitesten Kreisen des deutschen Volkes würde es nicht verstanden werden, wenn nach achtjährigem Ringen auch diesmal kein Weg zur Einigung gefunden werde. Der Gewissensnot der christlichen Eltern müsse Hilfe werden. Die Schule brauche Rechtssicherheit und Befriedung. Reichsregierung und Reichstag dürften sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen.

Die sozialpolitische Aussprache im Reichstag.

Die Berichterstattung über den Krantz-Prozeß.

:: **Berlin**, 11. Februar.

Zu Beginn der heutigen Reichstagssitzung bittet Dr. Mumm (Deutsch-Nat.) mit Rücksicht auf die Berichterstattung über den Krantz-Prozeß folgenden Antrag sofort ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu verweisen:

§ 17a des Pressegesetzes soll lauten: Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten, sind verboten.

Präsident Loebe: Der Antrag kommt überraschend, ist aber zweifellos aktuell. Vielleicht können wir uns am Schluß der Sitzung darüber schlüssig werden, damit die Parteien inzwischen ihn inhaltlich beraten. Das Haus beschließt so.

Darauf wird die zweite Lesung des

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Haedenkamp (Dntl.) warnt vor der Ratifikation der internationalen Arbeitsabkommen. Er fordert Einführung der deutschen Sprache beim internationalen Arbeitsamt. Eine bessere Statistik über die Soziallasten sei dringend erforderlich. Namentlich die Landwirtschaft leide schwer unter diesen Lasten. Die Sozialpolitik müsse mit den wirtschaftlichen Nöten in Einklang bleiben. Mit den neuerdings aufgetauchten Wünschen nach Abbau oder gar völliger Beseitigung der Sozialversicherung wolle er nichts zu tun haben. Da aber der Sozialetat auf weit über vier Milliarden angewachsen sei, so hält er die Besorgnisse in den Kreisen der Wirtschaft für durchaus verständlich. (Zustimmung rechts, Unruhe und Widerspruch links). Die Knappschaftsbeiträge hätten 29—34 Prozent der Lohnsummen erreicht. (Hört! Hört! rechts).

Abg. Thiel (D. Vpt.) weist darauf hin, daß die Ersparung von 400 Millionen gegenüber dem Vorjahre keinen sozialen Rückschritt bedeute, sondern darauf zurückzuführen sei, daß die Uebergangsmittel für die Arbeitslosenversicherung in diesem Jahre nicht mehr notwendig seien. Der Redner würdigt die gesetzgeberische Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet. Die Invalidenversicherung brauche jetzt schon ½ Reichszuschuß. Ihre Inflationsverluste und die der Angestelltenversicherung legten dem Reiche Milliardenverpflichtungen auf, die im Dawesplan nicht berücksichtigt worden seien. Bei einer erneuten Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit für Reparationen müsse das Arbeitsministerium für Ausmerzung dieses Fehlers sorgen. Zum Schluß appelliert der Redner an Oeffentlichkeit und Gesetzgebung, sie möchten durch Förderung des Familiensinnes und wirtschaftliche Hilfe für kinderreiche Familien die Gefahr eines Absterbens des deutschen Volkstumes abwenden.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) betont, daß das Arbeitsgerichtsgesetz nur durch die Mitarbeit der Opposition zustande gekommen sei. Das Schlichtungswesen will er noch ausgebaut, die Zahl der deutschen Beamten beim internationalen Arbeitsamt vermehrt und einen stellvertretenden deutschen Direktor ernannt wissen. In Genf müsse auch eine selbständige Abteilung für Angestelltenfragen errichtet werden. Die Versicherungsämter werden nach Ansicht des Redners noch nicht modern und rationell verwaltet. 30 Landesversicherungsämter — davon allein acht in Bayern — seien ein Luxus. Man müsse allgemein abbauen, wie es bei den Landesarbeitsnachweisen schon geschehen sei. Eine zentrale Spitze sei allerdings notwendig. Zwergkrankenkassen müßten zusammengelegt werden. Das Wichtigste aber sei der Ausbau der Selbstverwaltung. In der Unfallversicherung bestehe sie überhaupt noch nicht.

In der weiteren Debatte verlangte Abg. Beier-Dresden (Wirtsch. Vgg.) eine Zusammenlegung von Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Die gesamte soziale Gesetzgebung werde nur zugunsten der Arbeiter gemacht. Die Arbeitszeitverordnung wirke für Handel, Handwerk und Gewerbe geradezu vernichtend. Die Kleinrentnerversorgung begrüßte der Redner, sofern ihre Kosten nicht dem Mittelstand aufgebürdet werden.

Abg. Esser (Ztr.) hielt dem Abgeordneten Beier vor, daß dieser während der vier Jahre, in denen er mit ihm im Sozialpolitischen Ausschuß zusammenarbeite, nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht habe, ein sozialpolitisches Gesetz durch Anträge zu beeinflussen. Er bestreite ihm daher das Recht, andern Abgeordneten Vorwürfe zu machen.

Nach weiterer von Einspännern bestrittener Debatte wurde die allgemeine Aussprache geschlossen und die Haushaltberatungen abgebrochen.

Abg. Dumm (Dntl.) kam nunmehr zurück auf seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag auf Aenderung des Pressegesetzes aus Anlaß der

Berichterstattung beim Krantz-Prozeß

und beantragte Ueberweisung des Antrags ohne Aussprache an den Ausschuß.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärte, man könne gewiß der Meinung sein, daß die Berichterstattung im Krantz-Prozeß sehr unerquicklich ist, aber es handle sich weniger um ein Pressepoblem, als vielmehr um ein Justizproblem. (Zustimmung.) Wir sind, so erklärte der Redner, empört über die Art, wie dieser Prozeß vom Vorsitzenden geführt wird. (Zustimmung.) Wir sind empört darüber daß ein Vorsitzender sein Amt dazu mißbraucht, eine 16jährige Zeugin vorher zu vereidigen, obwohl er weiß, daß dieses Mädchen gezwungen sein wird, über die intimsten Dinge auszusagen. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Vorsitzender, der ein solches Mädchen in eine solche Lage bringt, zeigt, daß er seinem Amt nicht gewachsen ist. Das ist ein Justizskandal. (Zustimmung.) Aber zu einer Gelegenheitsgesetzesmacherei bietet der Fall keinen Anlaß, da der Prozeß längst zu Ende sein würde, ehe dieser Antrag erledigt ist. Der Reichsjustizminister hätte aber mit dem preußischen Justizminister darüber beraten sollen, wie dieser Prozeß gegen die Kinder — denn es sind alles Kinder zu führen ist. Wir sind nicht dafür, daß die Presse aus diesem Anlaß geknebelt wird, wir sind aber bereit, über Maßnahmen für die Zukunft zu verhandeln. Im übrigen mußte über den Antrag Mumm in erster Lesung ausführlich gesprochen werden.

Präsident Löbe schlägt vor, den Aeltestenrat, der am Dienstag zusammentritt, zu beauftragen, die Angelegenheit zu regeln.

Abg. Mumm war damit einverstanden. Das Haus vertagte sich auf Montag 14 Uhr: Arbeitsministerium.

Die Wohlfahrtsdebatte im Landtag.

Neue Rede Hirtsiefers.

:: **Berlin**, 11. Februar.

Der Preußische Landtag setzte heute die Aussprache über den Wohlfahrtsetat beim Kapitel „Allgemeine Volkswohlfahrt" fort.

Abg. Frau Kirschmann (Soz.) bedauerte, daß der Finanzminister nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt habe und lehnte nochmals die Unterstellung ab, als ob die Sozialdemokratie die Abtreibungen fördern wolle, durch ihren Wunsch nach Aufhebung oder Einschränkung der Strafbestimmungen.

Abg. Frau Dr. Spohr (Dn.) hebt die Verdienste der christlichen Liebestätigkeit hervor. Zu fordern sei heute besonders größere Fürsorge für die kinderreichen Familien. Die Rednerin schilderte des weiteren die Not der weiblichen Angestellten und tritt insbesondere für Gefährdetenfürsorge und Unterstützung der privaten Wohlfahrtspflege ein.

Abg. Frau Dr. Lauer (Zentr.) wünscht, daß bei der Verwaltungsreform die sozialen Forderungen nicht zu kurz kommen. Ein Wohlfahrtsministerium habe sehr wichtige Aufgaben und könne nicht einfach beseitigt werden. Die Erziehung in den Fürsorgeanstalten müsse mehr darauf eingestellt sein, den jungen Mädchen Lebensinhalt zu geben. Besonderen Dank gebühre dem Wohlfahrtsministerium für die Förderung der Leibesübungen. Im Interesse des Wiederaufbaues müßten Mittel für Kinderspeisung freigemacht werden.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.) betont, eine wirksame Durchführung des Jugendschutzes wäre nicht möglich ohne Aenderung der Umgebung. Was das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angehe, so werde der darin ausgesprochene Wegfall der Reglementierung zu unrecht bekämpft. Nun sei die Bahn frei geworden für positive Maßnahmen, namentlich den Ausbau der Gefährdetenfürsorge.

Abg. Frau Christmann (Soz.) begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Fürsorgeanstalten.

Abg. Könnecke (Dn.) tritt für vermehrte Leibesübungen ein. Alle Länder, außer Deutschland, hätten heute schon die tägliche Turnstunde eingeführt. Leibesübungen sollten Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden. Durch Sportausgaben spare man Kranken- und Invaliditätsausgaben.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer: Auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge steht der z. Z. dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes, das den

alten und erwerbsunfähigen Kleinrentnern

anstelle der Fürsorge einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gewähren will, im Brennpunkt des Interesses. Ich würde es lebhaft begrüßen, wenn es gelänge, die berechtigten Ansprüche dieser Opfer der Geldentwertung, die bei der Aufwertungsgesetzgebung zu kurz gekommen sind, zu befriedigen. Die Kindererholungsfürsorge ist von staatswegen tatkräftig gefördert worden, namentlich zu Gunsten der durch Grenzziehung und Besatzung notleidenden Bezirke. In den nächsten Tagen wird eine endgültige, für das Kinderhilfswerk günstige Regelung der Eisenbahnfahrpreise erzielt werden.

Die Gefährdetenfürsorge

befindet sich infolge des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Umgestaltung. Einige Städte haben die bisher vom Staate ausgeübte amtliche Gefährdetenfürsorge zugleich mit der Aufnahme der aus dem Gesetze erwachsenden gesundheitlichen Aufgaben übernommen. Die freigewordenen staatlichen Stellen werden zum größten Teile nach dem Osten verlegt, um dort Aufbauarbeit zu treiben. Hauptaufgabe der nächsten Zeit ist Ausbau dieser Fürsorge, um den Anforderungen, die nach Fortfall der polizeilichen Reglementierung an die Fürsorge gestellt werden, gerecht zu werden.

Zur Nachschulung der männlichen Wohlfahrtspfleger wurden bis jetzt Kurse in Berlin, Breslau, Kiel, Spandau und Köln eingerichtet, für Düsseldorf, Frankfurt und Königsberg sind solche in Aussicht genommen. Es muß dafür gesorgt werden, daß Einrichtungen, wie Jugend- und Ferienheime, Jugendherbergen, Turn-, Spiel- und Sportplätze, Turnhallen, Schwimmanlagen und ähnliches mehr in noch größerer Zahl als bisher geschaffen werden, damit die Freizeit der Jugendlichen zur Förderung ihres körperlichen, geistigen und seelischen Wohls angewendet werden kann.

Der Minister betont weiter, daß er der

Frage der Leibesübungen

nach wie vor großes Interesse entgegenbringt und fährt fort: In diesem Jahre konnte ich die Zahl der Zentrallehrgänge für Leibesübungen in den Hochschulen in Spandau und Charlottenburg erhöhen. Die sportärztliche Forschung und die Betreuung der Turn- und Sportvereine konnten ein gut Stück vorwärts gebracht werden. Auch bei der Schaffung sportärztlicher Beratungsstellen wurden durch namhafte Staatsbeihilfen Erfolge erzielt. Das in meinem Ministerium befindliche Archiv für Leibesübungen hat in Gemeinschaft mit dem preußischen Statistischen Landesamt die statistische Erhebung der Turn-, Spiel- und Sporteinrichtungen und der sonstigen Einrichtungen der Jugendpflege vorbereitet. Zum ersten Male konnten 700 000 Mark zur Förderung der Leibesübungen ausgesetzt werden.

Die Arbeitsmarktlage

hat sich wieder verschlechtert und es erscheint recht zweifelhaft, ob auch in diesem Jahre wieder eine so günstige Entwicklung wie im vergangenen Jahre Platz greifen wird. Es gelang, dem volkswirtschaftlichen Werk der Arbeiten zu steigern. So erhöhte sich insbesondere der Anteil der Meliorationen an der mit Reichs- und Landesmitteln geförderten Arbeiten um annähernd 30 v. H. Ebenso wurde dem Straßenbau nach wie vor die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist damit zu rechnen, daß bis zum Abschluß des Rechnungsjahres

rund 34 000 Landarbeiterwohnungen

mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Preußen errichtet sein werden. Erfreulicher Weise macht die Errichtung von Eigenheimen für Landarbeiter und sämtliche Handwerker auch in den Ostprovinzen besonders in Pommern und Ostpreußen erhebliche Fortschritte.

Zur Förderung des Frühgemüsebaues wurden für ganz Preußen insgesamt sechs Millionen Reichsmark Reichs- und Landesmittel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung gestellt. Mit Rücksicht auf das Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ergibt sich auch für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge die Notwendigkeit einer gewissen Umorganisation, doch muß hierbei eine Oberorganisation vermieden werden. Vor allem ist zu verhindern, daß die Reichsanstalt Aufgaben an sich zieht, die bisher von den Landesbehörden durchgeführt wurden und daß sie dazu einen neuen umfangreichen Verwaltungsapparat aufbaut, der nur eine weitere Belastung der Wirtschaft darstellen würde, ohne daß gleichzeitig bei den betreffenden Landesbehörden Ersparnisse eintreten könnten.

Abg. Hartmann (Dem.) mißbilligte, daß die Arbeitslosenversicherungsanstalt einige Male erwerbslos gewordene Arbeiter zum Gewerbearzt geschickt habe, der sie einfach zu 60 v. H. arbeitsunfähig erklärt habe, worauf ihnen die Arbeitslosenunterstützung verweigert wurde, da sie nicht arbeitslos, sondern arbeitsunfähig seien. Das widerspreche dem Gesetz, das nirgendwo den Gewerbearzt als maßgebliche Instanz für die Verleihung der Unterstützung anführe.

Damit schloß die Besprechung, und es folgte die Aussprache über den dritten Haushaltabschnitt,

Wohnungs- und Siedlungswesen,

in der Abg. Meyer, Solingen (Soz.), forderte, daß für den Wohnungsbau im Jahre 1928 unbedingt Auslandsanleihen nutzbar gemacht würden, daß ferner das Hauszinssteuergesetz verlängert werde, damit Staat und Gemeinde dadurch das notwendige Geld für den Wohnungsbau erhielten.

Gegen 16 Uhr wurde die weitere Aussprache auf Montag 12 Uhr vertagt.

Amerikanische Einladung zu einem Schiedsvertrag.

÷ **Newyork**, 11. Febr. Wie Associated Preß aus Washington meldet, werden die Vereinigten Staaten Deutschland einladen, einen Schiedsvertrag nach dem Muster des französisch-amerikanischen Schiedsvertrag abzuschließen.

Staatssekretär Kellogg erklärte, die Verhandlungen mit den verschiedenen Ländern, die Schiedsverträge mit Amerika haben, würden je nach Ablaufszeit der Verträge aufgenommen werden, und da Deutschland keinen solchen Vertrag mit den Vereinigten Staaten habe, werde Deutschland eingeladen werden, einen solchen abzuschließen.

Deutsches Reich.

Beginn der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen.

:: **Berlin**, 11. Febr. Die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungeen haben heute morgen programmmäßig begonnen.

Der hessische Zentrumsabgeordnete Nuß Gesandter Hessens in Berlin.

× **Darmstadt**, 12. Febr. Zum hessischen Gesandten in Berlin ist Rechtsanwalt Nuß ernannt worden. Nuß ist Mitglied der Zentrumsfraktion des Hessischen Landtags, in dem er bisher auch den Posten des Vizepräsidenten inne hatte. Bei den letzten Koalitionsverhandlungen war es dem Zentrum vorbehalten worden, den Vorschlag für die Besetzung des Gesandtenpostens zu machen.

6. Jahrestag der Thronbesteigung Pius XI.

▲ **Rom**, 12. Febr. Anläßlich des 6. Jahrestages der Thronbestoigung des Papstes Pius 11. wurde heute vormittag in der Sixtinischen Kapelle eine feierliche Pontifikalmesse zelebriert, an der außer dem Papst, den Kardinälen, der hohen Geistlichkeit und dem beim Vatikan akkreditierten diplomatischen Korps auch der gegenwärtig in Rom weilende König von Schweden teilnahm. Eine zahlreiche Menschenmenge wohnte dem feierlichen Einzug des Papstes in die Kapelle bei und bereitete dem Papst stürmische Ovationen.

:: **Berlin**, 11. Febr. An dem feierlichen Pontifikalamt anläßlich des Jahrestages der Krönung des Papstes Pius 11. in der Hedwigskirche nahmen als Stellvertreter des Reichspräsidenten Justizminister Hergt, als Stellvertreter des Reichskanzlers Staatssekretär Pünder, als Vertreter des Reichsaußenministers Staatssekretär von Schubert und in Vertretung des preußischen Ministerpräsidenten Staatssekretär Weißmann und Ministerialrat Strunden teil. Man sah auch die preußischen Minister Dr. Schmidt und Steiger, zahlreiche Diplomaten und Parlamentarier. Nuntius Pacelli zelebrierte das Pontifikalamt. Der Basilikchor brachte die große Messe von Bruckner zu Gehör.

*

Der Vatikan und die Tschechoslowakei.

Rom, 11. Febr. Der Osservatore Romano schreibt über die Beziehungen des Heiligen Stuhls zu der Tschechoslowakei, daß die Stellung Monsignore Marmaggis, des früheren päpstlichen Nuntius in Prag, zur Zufriedenheit beider Teile gelöst worden sei. Die tschechoslowakische Regierung werde dem Präsidenten der Republik vorschlagen, Monsignore Marmaggi eine sehr hohe Auszeichnung zuteil werden zu lassen und habe davon bereits dem päpstlichen Staatssekretariat in einem für Marmaggi sehr schmeichelhaften Schreiben Mitteilung gemacht.

Stolp Ausgangspunkt einer Polarexpedition.

× **Stettin**, 12. Febr. Der italienische Polarflieger, General Nobile, ist gestern vormittag 11 Uhr im Flugzeug in Begleitung mehrerer Herren der deutschen Luftfahrtsstellen und der italienischen Botschaft aus Berlin in Stolp angekommen. Die Herren wurden in Stolp von dem Vertreter der Deutschen Lufthansa Welkobowsky empfangen und begaben sich dann nach dem Flugplatz Seddin zur Besichtigung der dortigen Anlagen. General Nobile erklärte, daß er auf seinem Polarflug in der zweiten oder dritten Aprilwoche in Seddin landen, sich dort ein bis zwei Wochen aufhalten und von dort aus ununterbrochen nach Spitzbergen weiterfliegen werde. Der Abflug wird von Mailand aus erfolgen. Die Reiseroute geht von Mailand über Venedig, Fiume, Wien, Breslau, Schneidemühl, Neu-Stettin nach Stolp. Diese Flugstrecke beträgt etwa 1870 Klm. Nobiles Polarluftschiff faßt 19 000 Kbm. Es ist etwa 100 Meter lang. Die Besatzung besteht aus 16—18 Personen unter der persönlichen Führung von General Nobile.

Eine Autodroschke mit Insassen in die Spree.

× **Berlin**, 12. Febr. In der Nähe des Reichstagsgebäudes geriet heute nachmittag eine schnell fahrende Autodroschke ins Schleudern und stürzte in die Spree. Dem Chauffeur und einem Fahrgast gelang es abzuspringen, sie konnten im verletzten Zustande aus dem Wasser gezogen werden. Die Frau und der Sohn des Geretteten kamen um. Der Chauffeur wurde als Polizeigefangener nach dem Staatskrankenhaus geschafft.

Ein vierter Leihhauszusammenbruch.

:=: **Berlin**, 11. Febr. Gegen das deutsche Leihhaus, Puttkamer-Ecke Friedrichstraße, Inhaber Sigmund Bab, werden schwere Vorwürfe erhoben. Für ihm geliehene Kapitalien versprach Bab den Geldgebern 30 bis 50 Prozent Jahreszinsen. Auf dieses Angebot fiel auch eine ganze Anzahl von Leuten, die meistens nur kleine Vermögen zur Verfügung hatten, hinein. Die Geldgeber schlossen sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Bab zusammen und erstatteten gegen ihn Strafanzeige wegen Betruges und Meineides bei der Staatsanwaltschaft.

Gruben-Explosionsunglück in England.

London, 12. Febr. In Whitehaven (Cumberland) ereignete sich ein schweres Bergwerksunglück, dem 13 Menschenleben zum Opfer fielen. Bei Schließung der Grube vor zwei Monaten fanden zwei Mann ihren Tod. Heute stiegen Bergwerksinspektoren, zu denen zwei staatliche Inspektoren gehörten, in die Grube, um sie wieder in Betrieb zu nehmen. Bei Oeffnung der Grube traten Gase hervor, die explodierten. Sämtliche Mitglieder der Inspektionskommission kamen um.

Explosionskatastrophe in einem russischen Bergwerk.

× **Moskau**, 11. Febr. Auf einer der Gruben der Rutschenkowbergwerke in Stalino im Donezbecken, wo die deutsche Firma Thyssen arbeitet, ereignete sich eine Explosion, als ein deutscher Steiger im Büro trotz der Warnungen seines Chefs eine Kiste Dynamit mit Hilfe eines eisernen Hammers zu öffnen suchte. Zwölf Mann wurden getötet, darunter Chefingenieur Sievers, der Steiger, ein deutscher Arbeiter und neun russische Arbeiter. Acht Arbeiter, darunter ein deutscher, wurden verletzt.

Unwetter in Frankreich.

Paris, 12. Febr. In der Nacht von vorgestern auf gestern ist ein heftiges Unwetter niedergegangen, das teilweise noch über die Vormittagsstunden anhielt. Aus den verschiedensten Gegenden werden heute zum Teil recht erhebliche Schäden gemeldet. Im Hafen von Dünkirchen wurde ein Dampfer von den Stahltrossen losgerissen und gegen mehrere Kutter geschleudert, die schwer beschädigt wurden und sanken. Aus Boulogne sur Mer und Le Havre werden Verzögerungen in der Ankunft und Abfahrt der Ueberseedampfer gemeldet. Ein Fischerboot mit mehrere Mann Besatzung wird vermißt. Ueber Metz ging ein sehr schweres Gewitter nieder, das 20 Minuten lang anhielt und besonders den Telegraphen- und Telephonverkehr lahmlegte. Seine Ausläufer erstreckten sich bis Straßburg und Umgegend. Aus Bischweiler wird gemeldet, daß der Sturm eine 30 Meter lange Mauer zum Einsturz brachte. Ein Arbeiter wurde dabei getötet, ein anderer schwer verletzt. Auch in der Champagne gingen Gewitter nieder. In Reims schlug der Blitz mehrere Mal ein und verursachte Brände.

*

Meldungen über Schäden, die der Sturm der letzten Tage angerichtet hat, liegen noch aus verschiedenen Gegenden vor, so aus Mitteldeutschland, Baden, Belgien und Holland.